

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 280.— M. Einzelverkaufspr. 20.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtegespaltene Zeile oder deren Raum 42.— Mark, auswärtige 46.— Mark, für Besammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 M., für Reklamen 185.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 292. Donnerstag, 14. Dezember 1922. 29. Jahrgang.

## Poincaré in der Klemme.

SPD. Das Frankreich, das bisher unter Führung seines Ministerpräsidenten fast ausschließlich gegen Deutschland getobt hat, laßt jetzt gegen seine eigene Führerschaft, die es durch den ergebnislosen Verkauf von London bitter enttäuscht hat. Der Poincaré von heute hat plötzlich den Poincaré von gestern widerrufen. Das mußte schließlich zu der Enttäuschung führen, die jetzt ganz Paris zu erfüllen scheint. Selbst die französischen Blätter, die ihrem Herrn und Meister bisher durch die und dillun Geselchenschaft leisteten, sind ihm, wenigstens vorübergehend, untreu geworden und geben ihrer Enttäuschung Luft durch Worte der Empörung. Poincaré ist natürlich eifrig bemüht, sich aus dieser Situation herauszuwinden. Ein Presseempfang jagt den andern, ein Dementi folgt dem andern, um falsche Behauptungen richtig zu stellen und klarzulegen, daß der Führer des französischen Kabinetts nach wie vor konsequent die Linie seiner Politik innegehalten hat. Und der Erfolg? Der Poincaré von gestern, der mit Uebereifer die nationalpolitische Pressenachrichte der Pariser Blätter in den letzten Wochen gefördert und schließlich in jeder Hinsicht beeinflusst hat, erklärt plötzlich, daß er niemals gekniet hat, Frankreich sollte das Ruhrgebiet besetzen, sondern lediglich von einer anderen Sicherung ein Gefühl für die finanziellen Einkünfte herab, für die keine Truppen in Anspruch genommen werden sollten, über die er jetzt aber noch nichts sagen kann. Das sei ebenso sicher wie sein Entschluß, in kein Moratorium ohne bestimmte Sicherungen einzuwilligen.

Unter diesen Umständen kann man sich die in Paris obwaltende Enttäuschung vorstellen. Gewiß ist nicht positiv zu behaupten, daß Poincaré eine Besetzung des Ruhrgebietes angedroht hat. Aber das er sich mehrfach in Worten ausließ, die auf eine bevorstehende Besetzung hindeuten, wird er nicht bestreiten. Nichts hat der verantwortliche Mann Frankreichs getan, um die fortgesetzten Hinweise der französischen Presse, daß eine Besetzung des Ruhrgebietes unvermeidbar ist, wenn eine Lösung nicht zustande kommt, zu verhindern. Sicherlich mit keinem stillen Einverständnis hat die Pariser Presse detaillierte Pläne über den Einmarsch in das Ruhrgebiet veröffentlicht, auf deren die Orte, die besetzt werden sollten, durch Kreuze und Sterne bezeichnet waren. Schließlich mußte das zu dem allgemeinen Eindruck führen, daß die französische Regierung tatsächlich bereit ist, ins Ruhrgebiet einzumarschieren und schließlich hat diese Art der Propaganda selbst bei den Alliierten die Auffassung von einem entschlossenen Willen der französischen Regierung zur Besetzung der Ruhr hervorgerufen. Oder sollte neben der französischen Presse auch Mussolini und Bonar Law den „amerikanischen Kurieren Poincaré, aka alle Welt, mitbekommen haben? Deshalb wird jedenfalls die Kammer anlässlich der Debatte über die Londoner Konferenz in diesen Tagen entscheiden.

Wir betrachten es als selbstverständlich, daß die deutsche Regierung die Meinungsverschiedenheiten, die jetzt zwischen dem Führer der französischen Regierung und der französischen Öffentlichkeit ausgetragen werden, nicht zum Anlaß nimmt, von der angekündigten Inanspruchnahme „aktiver Politik“ abzuweichen. Am Freitag soll Staatsminister Bernheim, der während der Konferenz der Ministerpräsidenten als Vertreter der deutschen Regierung in London weilte, nach Berlin zurückkehren. Er wird sicher-

lich manchen Fingerzeig mitbringen, der der Regierung zur schnellen Ausarbeitung neuer Vorschläge dienen kann. Neue, weitergehende Vorschläge müssen gemacht werden, ganz gleich, ob die deutsche Industrie nun tatsächlich endgültig mitarbeiten will, wie es neuerdings von der volksparteilichen Presse behauptet wird. Noch glauben wir nicht an diese Mitarbeit!

## Verzichtet Frankreich auf die Ruhrbesetzung?

Paris, 13. Dezember. Ueber die Unterhaltung zwischen Millerand und Poincaré verlautet, daß die beiden Staatsmänner sich wider Erwarten einigen konnten und den Verzicht auf die Besetzung des Ruhrgebietes beschlossen haben. Poincaré empfing nach seinem Besuch bei Millerand die französischen Pressevertreter und verkehrte ihnen u. a., daß er in London mit keinem Menschen weder privat, noch amtlich von der endgültigen Besetzung des Ruhrgebietes gesprochen habe. Alles, was über eine angebliche französische Forderung dieser Art veröffentlicht wurde, sei reine Phantasie. Es sei nicht möglich, heute bereits anzugeben, an welche Pländer Frankreich denke, und es sei früher, daß ihre Erfüllung keine militärischen Operationen erforderlich mache.

## Mussolinis Plan.

U. Rom, 14. Dezember (Berl. Tgl.). Der „Mondo“ erzählt über Mussolinis Projekt folgendes: England verzichtet auf seine Kredite zugunsten Frankreichs und Italiens. Frankreich und Italien verzichten ihrerseits auf ihre Kredite gegenüber der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Polen. Die englische Schuld gegenüber Amerika bleibt bestehen, bis Amerika eine Erklärung abgibt. Der eventuelle Schuldenerlass Amerikas an England wird von der deutschen Reparationssumme abgezogen. Sobald die Alliierten prinzipiell einig werden, obwohl mit Amerika als mit Deutschland, sollen gemeinsame Verhandlungen eingeleitet werden. Der Mussolini nahe stehende „Messaggero“ bestätigt, daß Mussolini den Franzosen höchstens wirtschaftliche, aber keine territorialen Garantien zugestehen würde.

## Poincarés Politik eine europäische Gefahr.

Haag, 14. Dezember. Die liberale „Independance Belge“ ist der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge das einzig praktische Ergebnis von London darstellen. Auch die katholische „Libre Belgique“ findet die deutschen Vorschläge sehr wichtig. In einigen Zeitungen wird die Meinung ausgesprochen, die Politik Poincarés sei eine Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und insbesondere auch für Belgien.

## Der Abbruch der Moskauer Abrüstungskonferenz.

Berlin, 14. Dezember. Die Verhandlungen der Moskauer Abrüstungskonferenz sind abgebrochen worden. Die Randstaaten haben gefordert, daß nur die politischen Abmachungen unterzeichnet werden und daß die Beratungen über den militärischen Teil erst drei Monate nach der Ratifikation der politischen Abmachungen beginnen sollen. Trotz des Ersuchen Litwinows beharrten sie auf ihrer Meinung. Die Russen sind der Ansicht, daß dieses Verlangen der Randstaaten nicht ihren eigenen Interessen entspricht, sondern auf ihre Abhängigkeit von den Alliierten zurückzuführen sei. Den Beweis dafür habe die finnische Forderung geliefert, daß die russische Flotte nur gleich der finnischen sein dürfe. Das Mißtrauen der Randstaaten sei entscheidend für den endgültigen Verlauf der Konferenz gewesen.

## Die Ausgleichszahlungen.

Der Artikel 296 des Versailler Vertrages bestimmt, daß die Abwicklung der privaten Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Besatzungszeit zwischen Deutschen und Angehörigen der alliierten Staaten durch Vermittlung von staatlichen Ausgleichsämtern vorgenommen werden wird. Es ist verboten, diese Verbindlichkeiten durch unmittelbares Benehmen zwischen Gläubiger und Schuldner abzuwickeln. Jeder alliierten Macht war es freigestellt, an diesem Ausgleichsverfahren teilzunehmen. England, Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland, Haiti und Siam haben sich dem Ausgleichsverfahren angeschlossen. In der Zeit von Mitte August 1920 bis Mitte November 1922 haben erhalten England 23 479 427 Pfund, Frankreich 374 287 653 Franken, Elsas-Lotharingen 250 311 225 Franken, Belgien 133 928 892 Franken, Griechenland 479 142 Drachmen und Siam 19 715 Pfund. Diese Summen entsprechen einem deutschen Gegenwert von 615 503 715 Goldmark. Zur Beschaffung der notwendigen Zahlungsmittel hat das deutsche Ausgleichsamt insgesamt rund 43 Milliarden Papiermark aufwenden müssen.

## Arbeitslosendemonstration im englischen Unterhaus.

U. Amsterdam, 13. Dezember. Aus London wird gemeldet: Etwa 60 der arbeitslosen Hungerdemonstranten gelang es gestern, Eintritt in einen Vorraum des Parlamentes zu gewinnen. Die Arbeitslosen trafen einzeln im Parlamentsgebäude ein unter dem Vorwand, gewisse Parla-

mentsmitglieder sprechen zu wollen. Plötzlich bildeten sie einen Ring und begannen das Lied „Die rote Fahne“ zu singen. Gleichzeitig entfalteten sie rote Plakate, die die Aufschrift trugen: „Die Arbeitslosen müssen Bonar Law sprechen“ und „Wir wollen Arbeit und keine Unterstützung“. Die Polizeiwache im Parlamentsgebäude drängten die Demonstranten wieder auf die Straße.

## 44 prozentige Aufbesserung der Beamtengehälter.

Berlin, 14. Dezember. Gestern nachmittag haben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den zuständigen Verbänden der Beamten und Angestellten über die Angleichung der Dezemberbezüge an den Stand der Leuerung stattgefunden. Es wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß eine Erhöhung der durchschnittlichen Dezemberbezüge gegenüber den durchschnittlichen Novemberbezüge um etwa 44 Prozent eintritt. Das Reichsabinett wird voraussichtlich am Donnerstag über diese Regelung Beschluß fassen. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll möglichst noch vor Weihnachten erfolgen.

## Die Börse unsicher.

Dollar 8100. SPD. Berlin, 13. Dezember. Die Berliner Börse zeigte heute keine einheitliche Tendenz. Die Verschärfung der Geldmarkverhältnisse und die Meldung über beträchtliche Betriebseinschränkungen im Textilgewerbe, der Metallindustrie und anderen Branchen üben einen gewissen Druck auf die Unternehmungslust der Spekulation aus. Außerdem beobachtet man mit einer gewissen Beunruhigung die Vorgänge am Devisenmarkt. Die unklare politische Lage ruft im Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln eine weitgehende Zurückhaltung und eher eine unsichere Tendenz hervor. Ueberhaupt ist vor Weihnachten mit einer wesentlichen Einschränkung des Börsengeschäfts zu rechnen. Der Dollar wurde mit 8100 gehandelt.

Dollar 7500.

## Freie Wirtschaft oder Gemeinwirtschaft?

Zur Wohnungsfrage.

Bei der Erörterung der Wohnungsfrage wird sehr viel mit Schlagworten operiert. Weg mit der Zwangswirtschaft, sagen die einen. Die Zwangswirtschaft habe sich nirgends bewährt, und wenn die Wohnungsfrage bis jetzt noch keine Lösung gefunden habe, so sei daran nur die Zwangswirtschaft schuld. Demgegenüber kann man auf die Tatsache verweisen, daß die freie Wirtschaft bis jetzt auch nicht imstande war, die große Masse des Volkes einigermaßen erträglich mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen und daß diese Versorgung nur in fortgesetzt steigendem Maße vor sich geht. Hätten wir die freie Wirtschaft im Wohnungsweesen, dann hätten wir heute Mieten, die mindestens das 200fache des Friedenspreises betragen, ohne daß ein Unternehmer ein Miethaus bauen würde, weil sich die neuen Häuser erst rentieren, wenn die Mieten auf mindestens das 1000fache gestiegen wären. Unsere Lebensmittelpreise steigen und fallen mit dem Dollarkurs, d. h. mit dem Geldwert. Es besteht die Möglichkeit, daß einmal ein solches Sinken der Preise eintritt. Anders liegen die Dinge bei den Wohnungen und bei Grund und Boden. Diese Preise steigen etwas langsamer als andere, sind sie aber erst einmal gestiegen, haben sich die Mietpreise in den Verkaufspreisen der Häuser und in ihrer hypothetischen Belastung ausgewirkt, dann können die Preise gar nicht mehr fallen, ohne daß es große wirtschaftliche Störungen gibt. Diese Preise festigen sich, sie verhindern dann eine Besserung unseres Geldwertes, und auf Jahrzehnte hinaus wäre das ganze Volk den Boden- und Hausbesitzern tributpflichtig.

Bei Miethäusern hielt man vor dem Krieg eine Verzinsung von 6 bis 7 Proz. für erforderlich, um die Hypotheken zu verzinsen, Steuern und Unterhaltungskosten zu bestreiten. Das reine Mietertragnis betrug für den Hausbesitzer in der Regel 5 bis 5½ Proz. Konnte der Besitzer die Miete höher treiben, so war ihm die Möglichkeit gegeben, einen höheren Verkaufspreis zu erzielen, weil der Wert der Miethäuser nicht nach den Baukosten, sondern nach dem Mietertragnis bemessen wird. Würde die Zwangswirtschaft fallen, dann stiegen die Mietpreise und somit die Verkaufspreise. Wer für sich allein ein Wohnhaus besitzt, würde von dem Steigen der Preise nicht sofort betroffen. Mit der Zeit wird aber jeder, und vor allem jeder neue Käufer, in Mitleidenschaft gezogen. Mit dem rapiden Steigen der Mieten müßten natürlich auch wieder die Löhne und Gehälter steigen, was wiederum neue Preissteigerungen im Gefolge hätte. Es wird aber sofort klar, daß für die Lohn- und Gehaltsempfänger die Sache mit Erhöhung des Einkommens nicht ausgenützt werden kann, wenn man bedenkt, daß mit dem Steigen der Mieten in ganz Deutschland für eine große Zahl von Personen das arbeitslose Einkommen, für welches sie keinen Fernhin wirklichen Mehrwert erzeugen, gewaltig erhöht würde.

Die Hausbesitzer lagen nun, alles ist im Preise gestiegen, warum soll gerade unsere Einnahme — und damit meinen sie die Reineinnahme — nicht steigen. Sie führen dann in der Regel irgend einen Fall an, wo eine Witwe, deren Mann das ganze Vermögen in ein Haus steckt, heute gar nichts mehr aus dem Haus ziehen kann und am Hungertuche nagt. Es ist richtig, daß in den letzten Jahren vor Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes sich Fälle ereigneten, wo die Miete dem Hausbesitzer nicht sozial einbrachte, als er Untofen hatte. Diese Mißstände sind jetzt aber beseitigt, und die Hausbesitzer wissen schon dafür zu sorgen, daß die Zuschläge zur Grundmiete den Geldverhältnissen entsprechend festgesetzt werden. Auch die andere Klage der Hausbesitzer, daß in den letzten Monaten die Festsetzung der Zuschläge nicht der Geldwertwertung gefolgt sei, ist nicht stichhaltig und kann nicht gegen die Zwangswirtschaft ins Feld geführt werden, weil einer so rapiden Geldwertwertung, wie wir sie in den letzten Monaten zu verzeichnen hatten, auch die Mietpreise unmöglich hätten folgen können.

Wir müssen daran festhalten, daß der Hausbesitz kein Gewerbe ist und der Hausbesitzer nicht anders behandelt werden kann als ein Rentner, sonst würden wir zu ganz großen Ungerechtigkeiten kommen. Der Normalfall im Hausbesitz ist der, daß der Besitzer 20 Proz. des Kapitals selber aufbrachte und 80 Proz. durch Hypothekenaufnahme deckte. Diese Hypotheken sind verzinst und trägt der Hausbesitzer heute mit Papierseheinen, und auch wenn die Miete noch so hoch steigen würde, würde er deswegen keinen Gläubigern keine Mark mehr geben, als er muß. Der freie Wohnungsmarkt müßte dazu führen, daß an Stelle des alten Rentnerstandes ein neuer tritt. Im Einzelfall würde sich die Sache etwa folgendermaßen gestalten: In einem Haus für 100 000 Mark hat der Besitzer 20 000 M. angelegt, die Hypothekengläubiger 80 000 M. Die letzteren haben also vier Fünftel an dem Haus bezahlt. Würde auch nur eine Steigerung des Reinertrages am Haus auf das Zehnfache zugelassen, so wäre das Haus eine Million wert. Der Hausbesitzer hätte dann ein Vermögen von 920 000 M., also Zuwachs von 900 000 M.; die Hypothekengläubiger hätten immer noch ihre 80 000 M. und müßten, falls sie bei dem Hausbesitzer wohnten, in einem Jahr mehr Miete bezahlen als ihre ganze Hypothek ausmacht. Dieser Fall der Verarmung der Kapitalrentner würde sich hundertmal mehr ereignen als der von den Hausbesitzern immer angeführte Fall von der Verarmung des Hausrentners. Nun würden aber die Mieten nicht bei dem zehnfachen Friedensbetrag, auch nicht beim hundertfachen, stehen bleiben, sondern immer weiter steigen, wie in Velerreich, wo man schon beim 200fachen Betrag angelangt ist. Die Hausbesitzer lagen, das wäre eine Verleumdung ihres Standes; sie dächten gar nicht daran, so hohe Preise zu nehmen. Ähnliches haben wir vor zwei Jahren auch von der Landwirtschaft gehört. Und wie sieht es in Wirklichkeit heute mit dem Getreide- und Fleischpreis? Ist erst die freie Wirtschaft zugelassen, dann treten die Geheiß der Wirtschaft in Kraft, dann steigen die Preise bis zu dem Punkt, wo irgend ein Konkurrenzfaktor eintritt. Wohnungen kann man nicht aus dem Ausland beziehen, überhaupt nicht anders als durch Neubau erhalten. Neubauten kosten heute schon mehr als das Tausendfache vom Friedenspreis, und erst bei diesem Punkt würde die Konkurrenz einsehen. Der Kostenanteil einer Zweizimmerwohnung erfordert selbst in der Mietskategorie einen Aufwand von mindestens 2 Millionen. Das würde schon bei

einem Zinsfuß von 5 Proz. und 1/2 Proz. für Steuern und Unterhaltung eine jährliche Rente von 150 000 Mk. erfordern. Bis die Mieter diese Höhe erreicht hätten, wären Löhne und Gehälter soweit gestiegen — vorausgesetzt, daß wir nicht vorher wirtschaftlich zusammenbrechen würden — daß auch um diesen Betrag keine Wohnung mehr erstellt werden könnte. Die Wohnungsfrage würde dann wahrscheinlich die Entwicklung nehmen, wie etwa die Fleischversorgung. Große Massen könnten sich überhaupt keine einigermaßen zufriedenstellende Wohnung mehr leisten, sie würden eben noch mehr als bisher zusammengepfercht.

Mündelheim neun Zehntel der Bevölkerung haben daher ein Interesse an der Weiterführung der Gemeinwirtschaft im Wohnungsweisen. Notwendig ist aber, daß auch die Erkenntnis in allen Kreisen durchdringt, daß der Aufwand nicht auf dem Stande der Friedensmieten gehalten werden kann. Was zur Erhaltung der Gebäude und für den Wohnungsbau erforderlich ist, muß aufgebracht werden. Diese Beträge werden naturgemäß mit dem Sinken des Geldwertes steigen; sie werden aber nie über einen gewissen Prozentsatz des Einkommens steigen, und dieser Prozentsatz ist bei der Gemeinwirtschaft weit unter dem Friedenssatz, bei freier Wirtschaft aber wesentlich höher.

## Reichstag.

Der Reichstag übermies in seiner Mittwoch-Sitzung den Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe dem Steuerauschuß. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zuschläge zur Kraftfahrsteuer, die diese der Geldentwertung anpassen, wurde in allen drei Lesungen angenommen. Nach der Erledigung einiger weiterer kleiner Vorlagen entspann sich eine Aussprache zwischen den Kommunisten und dem Reichsarbeitsminister Braun über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Malchahn (Komm.) beklagte sich über die viel zu geringen Sätze der Erwerbslosenunterstützung und der Sozialrenten. Er verlangte ferner vermehrte Unterstützung der Kleinrentner. Der Reichsarbeitsminister wies darauf hin, daß die Einkommensgrenze für die Unterstützung der Sozialrentner von 18 000 auf 43 000 M. heraufgesetzt worden sei und das Reich für diese Unterstützung 27 Milliarden Mark gewähre. Eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf 250 Mark pro Tag für Unterberufte und auf 550 bis 750 Mark pro Tag für Arbeiter würde die Reichsregierung zurzeit nicht annehmen. Eine Entschädigung, die die Reichsregierung erstattet, die nach vorhandenen Gesetzesständen an Denkmälern, Schranken, Bänken, Sektorscheiben, Handflächen usw. den rückbleibenden gemeinsamen Wohlfühlgefühlen zum Anknüpfungspunkt abzugeben. Eine kommunizistische Entschädigung, die die Reichsregierung erstattet, im kommenden Haushaltsplan 10 Milliarden Mark zur Unterstützung der Kleinrentner einzusetzen, wurde gegen die kommunistischen und sozialistischen Abgeordneten von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag mittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Änderung der Einkommensteuer.

## Der Harden-Prozess.

„Immer die Alten“ — Die Schuldfragen.

SPD. Der erste Verhandlungstag gegen die beiden Harden-Lemmerer fand überraschend einen etwas dramatischen Abgang. Nach der Vernehmung der beiden Angeklagten tritt man sich zunächst darüber ab, „erledigen“ gleichbedeutend sei mit „einem Denkmal verabschieden“. Denn wie Hübner und Beschläger im Eheidemann-Prozess, so leugnen die beiden jetzigen Angeklagten, einen Mord beabsichtigt zu haben. Allerdings muß Grenz, der Anwalt der Tat, zeigen, daß von „gewalttätiger Erledigung“ gesprochen worden ist, was man doch nur als euphemistische Umschreibung für Mord bezeichnen kann. Schließlich gibt Maximilian Harden selbst eine Darstellung, wie er am Abend des 3. Juli, kurz nach 8 Uhr, von hinten überfallen und niedergeschlagen wurde, wie der Täter mit beiden Füßen auf ihm trat und mit einer Art Gürtelgürtel seinen Schädel zu zertrümmern suchte. Der Anschlag ist nur deshalb nicht völlig ausgegangen, weil das Opfer nach die Art hatte, aus Leibstrafen um Hilfe zu rufen. — Der Schluß der Verhandlungen des ersten Tages drehte sich dann um die Vernehmung von Sachverständigen über die schriftstellerische Bedeutung Hardens. Als solche fallte Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“ und Professor von Mecklenburg geladen werden. Als der Vorsitzende, um darauf zurückzukommen, anregt, als wahr zu unterstellen, daß große Teile der Produktion der schriftstellerischen Tätigkeit Hardens als schädlich betrachtet, vertritt Harden unter Protest erregt den Saal. Dennoch wird zu Beginn des zweiten Verhandlungstages auf die beiden Sachverständigen verzichtet.

In dem politischen Prozeß, das am zweiten Tage zur Verhandlung kommt, gibt Weichardt zu, daß als Ziel des in Eisenberg verabschiedeten Unternehmens die Beseitigung Hardens angesehen worden ist. Dafür sollten den Hochhufen ihre Schulden beglichen und ihr Berliner Aufenthalt vergütet werden; außerdem wurden ihnen weitere Mittel zur Flucht in Aussicht gestellt. Im Verlauf der weiteren Vernehmung erwidert der Rechtsanwalt, daß Weichardt sich bereits wieder mit Maximilian an Harden beschäftigt, unmittelbar nachdem er im März d. J. wegen einschlägiger Tätigkeit eines Jungen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Dennoch ließ er sich zur neuen Mission gewinnen. Warum das? „Ich bin deshalb nicht von der Tat zurückgetreten, weil ich mich nicht mit dem Staat beladen wollte, das ich ein Spiegel oder ein Feigling wäre. Aber ich mußte mich mit der Tat nicht!“

Professor Dr. Borchardt, der Harden nach dem Überfall befragt, kann, schärfer denn das ärztliche Gutachten und wies auf die Schwere der Verletzungen hin. Er war 14 Tage lang habe Verwundung gelitten. Auch wenn Harden keine Heilende tätige Hilfe geleistet, bezogengetreten haben sollte, so sei am jeden Fall das Verbrechen gestützt.

Als der Aussage einer Bar-Kameradin geht hervor, daß Erdmann und Weichardt in der Zeit der Vorbereitungen viel in einer Bar verweilt haben, große Zeiten machten und auch die Gesänge am 13. 00 M. anbrachten, die sie nicht mehr zurückbekam. Der Untersuchungsrichter, der Weichardt nach der Tat vernommen habe, befragt, daß Weichardt damals hier gegeben hätte, daß ihre Absicht war, Harden vollständig zu machen, nämlich haben zu töten. Dieses Geständnis lenkte der junge Richter weiter vermagendem Sachverhalt ab, indem ihn der Untersuchungsrichter ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß er sich eines Betrugsverstoßes schuldig gemacht habe.

Dann wird der Brief verlesen, der nach der Tat, aufgefunden von Maximilian geschrieben, in der gemeinsamen Wohnung der beiden Täter aufgefunden wurde. Dieser Brief lautet: „Sehr geehrter Herr! Wie sollen Ihnen hiermit Mithilfe sein, daß aus uns langjähriger Konjunktur der Gesellschaftsaktion gestellt ist. Wir haben nunmehr Ihrem persönlichen Anschluß die Kommando-Führer entgegen und Ihnen höchste und bringende, alles Mögliche zur Unterstützung der einmal eingegangenen Gesellschaftsverbindungen in die Wege zu leiten und unterstützen. Nach dem jetzigen Stand unserer Dämme habe ich bestmögliche Verbindungen der bestmöglichen Gesellschaftsverbindung mit der SPD. im Hinblick für unbedingt erforderlich. Ich verhoffe, dass Sie vorangehende die geplante höchste Unterstützung unter beiden Parteien bei der SPD. Firma, die Ihnen ja auch notwendig ist, zu beschleunigen. Für Ihre und Ihrer Familien Unterstützung ist vorangehende Sorge zu tragen. Gleichzeitigkeit dieser Zeit bei Einstellung der Dämme helfen Sorge tragen zu wollen, daß die notwendige Unterstützung auch die entsprechenden Maßnahmen und Verbindungen werden kann, die notwendig

60 000 Mark. Wünschenswert wäre es, wenn unser Chef sich dazu verstehen könnte, die Schuldsumme in Höhe von 30 000 Mk. extra auszuwerfen, so daß die Herren Eigentümern keine Einbuße des ihnen Zufallenden erleiden. In der Hoffnung, daß unserm Bericht Ihre Seite der genügende Nachdruck verliehen wird, zeichnen wir mit vorzüglicher Hochachtung. Immer die Alten.“

Drei Tage vor der Tat ist bei den Aktenakten ein ebenfalls sehr bezeichnender Brief, den Grenz geschrieben hatte und der die Aufschrift trägt „Guch Getreue“ eingetroffen: „Was ich aufreiben kann, will ich tun. Ich weiß, es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es liegt an Euch, höhere Summen zu erhalten. Es muß aber etwas geschehen. Besten Endes bleibt alles an mir hängen, und ich gerate in finanzielle Not. Wenn bis Dienstags alles in Ordnung ist, könnte ich über Größeres verfügen. Ich halte den Zeitpunkt trotz allem für außerordentlich günstig. Dies zerreißen. Gut Glück! Der Eure!“

Im weiteren Verlauf der Verhandlung äußerte sich Harden nochmals über seine beabsichtigte Amerikareise, die die Mordtäter haben und drüben zu hinterziehen suchten.

Darauf wurde auf die Vernehmung weiterer Zeugen, auch Ehrhardts, verzichtet und vom Vorsitzenden die Schuldfragen formuliert. Sie lauten gegen Weichardt auf Mordversuch, gegen Grenz auf Anstiftung. Auf Veranlassung der Verteidigung wurden auch noch Nebenfragen auf Körperverletzung und Beihilfe zum Mordversuch und zur Körperverletzung gestellt. — In einer besonderen Abmündung, die erst kurz vor 6 Uhr wieder begann, wurden den Geschworenen zehn Schuldfragen vorgelegt. Die ersten sechs betreffen Weichardt, die übrigen vier Grenz.

Die Verhandlung nimmt am Donnerstag ihren Fortgang mit der Anklagerede des Oberstaatsanwalts.

## Gegen weitere Verschlechterung der Einkommensteuer.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch abend noch einmal mit ihrer Stellung zur Abänderung der Einkommensteuer. Veranlassung dazu gaben Versuche der Reichsregierung, die Sozialdemokratie zur Zustimmung zu einem Steuerentwurf zu bewegen, der zwar weniger weitgehend als der vom Auschuß angenommene, aber noch wesentlich schlechter ist als die Regierungsvorlage. Die Fraktion beschloß einstimmig, an ihrem bisherigen Standpunkt festzuhalten und sowohl den Auschußbeschlüssen als auch den angebotenen Vermittlungsvorschlägen, wie auch den Regierungsentwürfen abzulehnen. Alle drei Anträge sehen eine so weitgehende Begünstigung der Einkommenspflichtigen durch eine Ermäßigung des Steuertarifs vor, daß die Zustimmung der Sozialdemokratie eine Verletzung ihrer Pflichten gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern darstellen würde. Mißbestimmend war für die Haltung der Fraktion, daß die Annahme jedes dieser Anträge eine wesentliche Minderung der Einkommensteuer bedeutet, die vor allen Dingen die schwer um ihre Existenz ringenden Gemeinden so stark schädigen würde, daß ihr Zusammenbruch die höhere Klasse sein würde.

Die Fraktion beschloß ferner die Einbringung von Anträgen, die den Versuch machen, das Steuerrecht an den Lohn- und Gehaltsempfängern auszugleichen.

Am Donnerstag wird im Plenum des Reichstages die Novelle zum Einkommensteuergesetz beraten werden. Die Regierung und auch zahlreiche bürgerliche Politiker fürchten die schädliche Kritik der Sozialdemokratie, weil sie angesichts der ständig steigenden Anteile der Lohnsteuer an der Einkommensteuer überhäufig herabdrückt. Sie haben deshalb den Versuch unternommen, vor ihr die Zustimmung zu einem faulen Kompromiß zu erlangen, das es ihnen ermöglichen würde, die Verantwortung mit auf die Schultern der Sozialdemokratie zu legen. Der Reichstagsantrag ist sehr interessant für die Stellung der Sozialdemokratie in dieser Frage. Er kommt ihm und seinen Ministern bereits fast zum Bewußtsein, daß man ohne die Sozialdemokratie eben nicht regieren kann, daß ohne die Unterstützung anderer Parteien die Regierung ohne jeden Halt ist, und daß die bürgerlichen Parteien gar nicht daran denken, der Meinung des Reichstages im Reichswirtschaftsrat zu entsprechen, daß nichts im gegenwärtigen Augenblick notwendig ist als der Ausgleich der Klassenverhältnisse. Vorläufig hat die „Regierung der Arbeit“ mit ihrer Steuerpolitik in keiner Partei des Reichstages Gefolgshäupter. Der „Aberparlamentarismus“ Herr Cuno steht verlassen, alle auf freiem Feld.

## Neue Löhne für Staatsbedienstete.

Die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen für Reichs- und Staatsbedienstete haben für den Stützmann (Lohngruppe V) für die erste Dezemberhälfte eine Stundenloohnerhöhung von 10 M. ergeben, für die zweite Dezemberhälfte weitere 10 M. pro Stunde, so daß die Stundenlöhne wie folgt betragen:

Gruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Gür dieses Halbes	228	217,50	212	206,50	203	201,--	199
der zweiten	267	260,50	254	247,50	243	240,50	238

Dieser Lohnsatz verringert sich von Osthalbe zu Osthalbe um je 4,50 M. in der ersten Hälfte und 5,20 M. in der zweiten Hälfte des Monats Dezember. Der Lohn der weiblichen Bediensteten beträgt jeweils 75 Proz. der Lohngruppe VII. Der Soziallohn erhöht sich für die Frau von 10 auf 15 M. und für das Kind von 15 auf 20 M. pro Stunde.

## Völkische Hebe in Bayern.

SPD. München, 18. Dezbr. (Eig. Drahtber.) In einer Verammlung des völkischen Reichstages hielt Oberst a. I. G. eine Rede gegen die deutsche Regierung. Im Berliner Regierungsrat habe man nur noch fremde Sprachen, besonders aber die Raubvölkische. Oberst, der erlangte Führer der deutschen Exil, sei mit Hilfe von Stresemann, Brüning und Reich wieder auf zwei Jahre Reichspräsident geworden. Die Franzosen seien die gefährlichsten Ration, mit der die Sozialdemokraten zu allererst paktieren hätten. Auch unter der Regierung Cuno sei Berlin die Hauptstadt des neuen Judenlandes, in dem die neuen Reichshäupter die Herrschaft usurpieren. Inländer äußerte ferner, daß Zwischenfälle wie in Jugoslawien nicht zu bedauern seien, im Gegenteil sei verabschiedet müssen, wenn die Grenzkommissionen nicht verschwinden. Die Kommunisten müßten beseitigt und ausgerottet werden.

Demnach, der bekannte Führer des Kampfes, sprach über den Fall Ehrhardt. Es sei unerhört, daß ruhige Bürger in Bayern nicht mehr ruhig seien, sondern in Unruhe seien. Das Ehrhardt wäre Ruhe nicht zu Ehren gekommen; deshalb müßte die Freilassung Ehrhardts gesichert werden. Ehrhardt habe im Auftrag von Lüttich gehandelt, dessen Abgleich ihm verweigert war. Demnach sei es ein Verstoß, den Cuno unmittelbar nach dem Kampfe mit Ehrhardt geschickt hat, in dem ihn gefesselt wird, daß die Regierung gegen ihn keinen Handstreich einleiten werde. Der Minister Schreyer habe ihm (Herrmann) erklärt, er werde in der Sache Ehrhardt wegen Verletzung der bayerischen Verfassung Schritte unternehmen, wenn man einen zu dem auf ihn ausgeht werde. Die Kräfteprüfung

der Redner wurden von lärmendem Beifall begleitet. In Schluß der Verammlung bildete sich ein Demonstrationzug, der unter Führung nationalsozialistischer Lieber an dem Hotel der Kommissionskommission vorbeizog. Dort wurde den postierenden Schulden zugeworfen: „Wir gehen zu Marschall!“ (Dem Veranlasser der Verfassung Ehrhardts.) Die Polizei sah sich jedoch nicht veranlaßt, irgendwie einzugreifen.

## Die bayrischen Nationalsozialisten machen Eroberungszüge nach Württemberg.

SPD. Aus Stuttgart wird geschrieben: Gemüht durch „Erfolge“ in Bayern und die unbegreifliche Langmut des Ministeriums des Innern suchen die nationalsozialistischen Kadaverwüter nunmehr auch in Württemberg ihre Tätigkeit in großem Stil zu entfalten. Wenn auch die ersten Versuche vor Wochen ziemlich wirkungslos verlaufen sind, begannen sie in den letzten Tagen geradezu gemeinheitsförmlich zu werden. Wie in Bayern, treiben die Banden in bewaffneten Stoßtrupps militärisch formiert auf. Am letzten Sonntag abend war in Geislingen a. St. eine Verammlung mit Hitler geplant. Sie wurde aber von der Arbeiterkassenpartei vereitelt. Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es zu Tätlichkeiten. In einer am Sonntag in Stuttgart vorgehaltenen Verammlung sollte Weber-Münde über den „Staat des Reiches“ und „Stieberiums“ sprechen. Er wurde aber in seinen unerhörten Ausführungen durch kommunistische Führer wiederholt unterbrochen. Hierzu trat die sozialistische Knappschußgarde in Tätigkeit, und es entwickelte sich eine wilde Schlägerei, wobei es eine ziemlich Anzahl Verletzter gab. Ein Polizeibeamteter räumte den Saal und nahm einige Beschäftigten vor.

Weit entfernt getatete sich das Auftreten in Göttingen. Auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei wurde die Verammlung nach längerem Zögern vom Oberamt untersagt, die Nationalsozialisten suchten aber die Verammlung zu erzwingen. Bei eindringender Dunkelheit zog zuerst eine bewaffnete Müllschoner Hand erstlich mit einer Kränzenkammer zum Verammlungsort, vor dem sich eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, die durch das herausfordernde Benehmen der Nationalsozialisten aufs äußerste gereizt war. Die Münchener durch Stuttgarter und Tübinger Anhänger unterstützt, zogen nach dem außerhalb der Stadt gelegenen Wäldchen. Bei der Nebenhandener Brücke wurde auf die Menge geschossen. Das Feuer wurde erwidert. Auf beiden Seiten gab es Verwundete. Zusammen etwa sechs bis sieben Personen. Den Bemühungen der Schutzpolizei gelang es, weitere Zusammenstöße zu vermeiden und die Münchener auf Umwegen zum Bahnhof zu bringen.

## Reaktionäre Siege.

München, 12. Dezember.

Das Plenum des Bayerischen Landtages lehnte die bereits vom Verfassungsausschuß abgelehnten Anträge der Kommunisten zugunsten einer allgemeinen Amnestie für die politischen Gefangenen und einer Freilassung der in Niederhörsfeld inhaftierten Abgeordneten Hagemeier, Sauber und Lollar ab. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf sofortige Aufhebung des Volksgerichtes abgelehnt.

## Für die Erwerbslosenversicherung.

SPD. Hamburg, 13. Dezember.

Eine am 10. und 11. Dezember in Lübeck stattgefundene Tagung der Vertreter der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der nordischen Wasserante hat beschlossen, den Bundesvorstand zu ersuchen, für die baldmöglichste Durchführung der Erwerbslosenversicherung auf Grund der Selbstverwaltung einzutreten. Ferner gaben die gesamten Vertreter der Auffassung Ausdruck, daß vor allem Dingen und mit allem Nachdruck dafür gejogt werden müsse, daß die Erwerbslosen im allgemeinen Interesse auf schnellstem Wege wieder in den Produktionsprozess eingegliedert werden. Das Weberstandeswesen soll energig befördert werden. In bezug auf die Stellungnahme der Gewerkschaften zu der Schaffung besonderer Erwerbslosenräte wurde erneut festgestellt, daß die Vertretung auch der Interessen der erwerbslosen Arbeitnehmer ausschließlich Sache der Gewerkschaften sei und besondere Vertretung dieses Teils der Arbeiter weder Berechtigung hätte noch anzuerkennen wäre.

## Der Streik in Ludwigshafen.

Fünf Millionen Mark haben die Kommunisten bisher für die Streikenden in Ludwigshafen gesammelt; zwei Millionen davon stammen aus Frankreich. Nur dieses Ergebnis sind die Wüter des Streiks nicht wenig stolz. Mit Begeisterung verfolgen sie, der Sieg werde ihnen gehören, wenn das Proletariat weiter fammle. Wie wenig aber mit diesen 5 Millionen Mark den Streikenden gedient ist, beweist die Tatsache, daß die Antikarwerke bei der letzten Röhnung rund 189 Millionen Mark Löhne gezahlt haben. Jetzt streiken die Arbeiter auf Befehl der Kommunisten schon in der dritten Woche. In der Zeit schwerster Not haben die Opfer kommunistischen Wahnsinns bisher 567 Millionen Mark verloren. Und in zehn Tagen ist Weihnachten! Den kommunistischen Einverleibung wird das allerdings nichts ausmachen, solange die Regierung des hungernden Kuchens monatlich 30 bis 50 Millionen für sie zahlt. Die Unternehmer werden lachen, denn je elender die Lage der Arbeiter, je leichter können sie diktieren.

## Das Ende des Notgeldes.

Der Reichsfinanzminister hat im Einverständnis mit dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe die Umlaufzeit für das mit seiner Genehmigung ausgegebene Notgeld bis zum 5. Februar 1923 verlängert. Spätestens bis zu diesem Tage ist alles Notgeld aufzurufen. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf solche Notgeldbestände, die am 5. Februar noch nicht zwei Monate im Umlauf sind, sowie auf Scheine, denen ein früherer Verfalltag aufgedruckt ist. Mit dem Beginn des 5. Februars darf neues Notgeld nicht mehr ausgegeben und an den Aussteller zurückgelangtes Notgeld nicht mehr in Umlauf gesetzt werden. Das Verbot der weiteren Ausgabe von Notgeld wird mit der Hebung des Mangels an Zahlungsmitteln begründet. Die Reichsbank ist in der Lage, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch zu einem Verordnungsentwurf der Regierung über Notgeldmaßnahmen für die Invalidenrenten Stellung. Die Regierung wollte die Unterstützungsgrenze auf jährlich 36 000 M. festlegen. Auf Antrag unserer Parteifrauen wurden dafür 49 200 M. eingelegt und die Sätze für Witwen- und Waisenunterstützung auf 34 200 M. bzw. 19 200 M., die Kinderzuschläge auf 3600 M. erhöht, nachdem ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei, die Kinderzuschläge auf 6000 M. zu erhöhen, die Billigung des Ausschusses nicht gefunden hatte. Bei der Berechnung des Einkommens aus der Rente wird künftig nur die Rentenquote in Betracht gezogen; Arbeitslohnsumme wird bis zu 36 000 Mark nicht angerechnet. Bis zu 3600 Mark bleibt die Summe außer Anrechnung, die auf Grund von Militärversorgungsgeld oder Reichsversorgungsgeld oder Knappschußversicherung, privater Unterstützung usw. bezogen wird. Die Vertreter der Regierung erklärten anlässlich der Beratung, daß in der nächsten Zeit eine Novelle zu dem Gesetz zu erwarten sei und daß dann entscheidende Änderungen am Gesetz vorgenommen werden könnten. Genosse Karpen verlangte zum Schluß noch, daß die erhöhte Unterstützung schnellstens ausgezahlt wird.

# Die faschistischen Gewerkschaften.

Kraft und glatt hat der Faschismus in Italien die Staatsmacht an sich genommen. Seine Führer haben ihre schwarzen Hemden mit dem Grad vertauscht, sind die Diktatoren des Landes geworden. Gleich bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten haben sie der Volkswelt die ihnen unmeßbare völlige Nichtswürdigkeit deutlich kund und zu wissen getan. Und die Volkswelt hat die Fußstapfen mit — Beifall oder mit Schweigen entgegengenommen. Der Vorgang hat bezeichnenderweise in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregt. Denn die Eroberung der öffentlichen Macht mittels Säbel und Pistole ist eine Uebung, die man seit der Zeit des Heinen Napoleon nur höchstens noch auf dem Balkan oder in Südamerika für möglich hielt. Aber selbst in diesen wilden Gegenden ging die Sache nicht ohne Widerstand ab, während es daran auf der amerikanischen Halbinsel gänzlich mangelte. Noch nicht einmal ein Victor Hugo oder ein Jules Favre fand sich hier, auch von Protesten im Lande ist nichts gemeldet worden. Entweder ist die bürgerliche Demokratie Stottern, die fleischgewordene Freiheit oder ihre Ideale sind von einer Art, daß sie sie unter der faschistischen Diktatur ebenso aufgehoben weiß, wie unter der Herrschaft der demokratischen Regierung. Doch soll uns die Frage weniger kümmern. Wichtiger dünkt uns das Verhalten der sozialistischen Arbeiterschaft. Auch sie blieb untätig, blieb stumm.

Es ist einleuchtend, daß der Faschismus nicht so glatt an die Staatsmacht gelangt wäre, hätte er sich nicht auf breite proletarische Schichten stützen können. In seinem Siegeszuge durch Rom marschierten — um einen Augenblick sprechen zu lassen — mit „nationalistischen Aristokraten in blauem Hemde und weißen Handschuhen sehr junge Leute in schwarzem Hemde mit dem Totenkopf und wie kalabresische Räuber bewaffnet, dann Grubenarbeiter zu Pferde, Priester, Freimaurer, Industriearbeiter, Eisenbahner“ und dergleichen. Es darf nicht angenommen werden, daß die Teilnahme proletarischer Massen an dem faschistischen Aufzug auf eine gelegentliche Beirung zurückzuführen sei. Es haben sich längst ganze Scharen Arbeiter in faschistischen Gewerkschaften vereinigt. Deren Stärke wurde letzten Sommer auf 467 500 angegeben, die sich auf neun Nationalverbände verteilen. Es erübrigt sich, die ganze Aufstellung hier anzuführen, da sie heute weit überholt ist. Die Mitgliederzahl der faschistischen Gewerkschaften dürfte nun, wo der Regierungsapparat für sie spielt, wiederum beträchtlich in die Höhe geschwollen sein. Wieviel sich in dem Zuge der Schwarzhemden alte, sozialistische und christliche Gewerkschaftsmitglieder befinden, läßt sich noch nicht sagen; daß sie sehr zahlreich sind, wird allgemein zugegeben.

Der schnelle und massenhafte Wechsel von der sozialistischen Gewerkschaft zur faschistischen, wenn man will, von der revolutionären zur reaktionären Organisation, wird einigermaßen verständlich, wenn man sich die geistige Beschaffenheit der großen Mehrheit des italienischen Proletariats wie auch seine Stimmung in der Zeit nach dem Kriege vergegenwärtigt, eine Zeit der geistigen und seelischen Verwirrung und der fortwährenden wachsenden Not.

Nach dem Waffenstillstand wurden Hunderttausende von Proletariern durch Arbeitslosigkeit, Enttäuschung, Empörung in die Gewerkschaftshäuser getrieben. Diese Klut von ungeheuren, des Lesens und Schreibens vielfach unkundigen, mißgestimmten Menschen zu meistern, zu fesseln, zu bilden, war der zahllose Stamm gänzlich außerstande. Und der nun anhebende Streit mit den Kommunisten war natürlich auch nicht geeignet, die Köpfe kühl, die Geister klar zu machen. Einer derartig ungeheuren Masse kam die Aufforderung, die Betribe zu besetzen und selbst zu leiten, das Land unter die Landproleten aufzuteilen und von ihnen bewirtschaften zu lassen, wie eine Heilsbotschaft. Da dieser Vorzug Scheiterte, aus tausendundelndem Grunde scheitern mußte, war allgemeine Enttäuschung die Folge. Die gewerkschaftlichen Anführer haben nun nach einer neuen Patentmedizin aus. Sie wurde ihnen gereicht von den Faschisten.

Es wäre unrichtig, wollte man annehmen, der Faschismus habe sich immer und überall als Schutzhülle der Bourgeoisie gegeben oder daß er sich mit theoretischen oder sonstigen Grundfragen beschwert habe. In Triest zeigt er ein irredeutliches (antideutsches, antislawisches) Gesicht, in dem patriotischen Beneidigt nimmt er eine nationalförmlich-konservative Gangart an, in dem

industriellen Pavia wählt er eine kommunistisch schillernde Form, in der adriatischen Niederung stellt er sich als Bauernfreund vor, der die Aufteilung des Landes fordert, anderwärts hat sein Gewand knallrote Farbe. So paßt er sich den wirtschaftlichen, geistigen und beruflichen Bestrebungen oder Stimmungen der verschiedenen Erwerbschichten und Gegenden an. Nur die sozialistische Idee hat er immer von sich gewiesen, an Stelle des Internationalismus den Patriotismus gepredigt. Aber so genau nehmen es die aufgeregten Massen nicht; sie verlangen nach einem Ausweg aus ihrer materiellen Drangsal und es ist ihnen ziemlich gleichgültig, nach welchen Regeln das geschieht. Was kümmern sie Dinge wie Sozialismus und Patriotismus, die beide für sie nur leere Worte sind, solange damit nicht Arbeit, Brot und dergleichen zu erhalten ist. Daß es mit dem Sozialismus windig bestellt sein müsse, das glauben sie durch die Bewegung der Betriebe als auch durch die Bewegung: Das Land den Landarbeitern! genugsam erfahren zu haben. Obwohl ihnen laut und hundertmal gesagt worden war, daß die Betriebsbesetzung und die Landaufteilung das Ende ihrer Arbeitslosigkeit und Not unbedingt bringen werde, waren diese beiden Uebel nur noch größer geworden. Falstlich mußte die sozialistische Lehre eine Irrlehre sein. Warum sollte man es nun nicht einmal mit dem Faschismus versuchen? Dieser schien mehr Aussicht auf Arbeit, Beförderung, Aufstieg zu bieten, zumal ja Fabrikanten, Grundbesitzer und andere reiche Leute mit Unterstützung nicht largten, übrigens dieser und jener, der sich damals bei der Betriebsbesetzung sehr radikal gebärde, ja auch schon das schwarze Hemd mit dem Totenkopf trug und eine gut bezahlte Stellung erlangt hatte.

Solche Erwägungen wird der einigermaßen geschulte Gewerkschaftler gewiß nicht anstellen, in Italien aber bestimmten sie zahlreiche Arbeiterscharen, den Versuch mit der faschistischen Patentmedizin zu machen. Wo die Willigkeit, dem schwarzen Heerzug zu folgen, fehlte, wurde mit Drohung, Verfolgung, Brotlosigkeit und Säbel nachgeholfen. Dies geschah vornehmlich in kleinen Orten oder Betrieben, wo die zahlenmäßige Schwäche zur Abwehr nicht ausreichte. Zu Tausenden saßen sich alte Gewerkschaftler von ihrem Unternehmer vor die Wahl gestellt, zu den Faschisten überzutreten oder fortzumachen. Die lange Reihe der erschlagenen, mißhandelten und verjagten Kameraden verbot langes Überlegen. Indessen, wie hoch auch die Zahl der durch Gewalttätigkeit gewonnenen Mitglieder der schwarzen Gewerkschaften sein mag, unendlich mehr gewonnen sie durch die Gefügigkeit des Klassenbewußtseins des Proletariats.

Ob es dem Faschismus gelingen wird, die Hunderttausende von unzufriedenen, Erlösung suchenden Proletariern bei seiner Fahne zu halten? Die Antwort dürfte leichter sein, wenn man weiß, auf welche Weise die faschistische Führerschaft die Uebel der kapitalistischen Gegenwart zu beheben gedenkt, mit anderen Worten, welches das Programm der schwarzen Gewerkschaften ist. Da sie ein etatsmäßiges Programm noch nicht haben, ist man genötigt, die Erklärungen ihrer namhaften Führer zu betrachten. Einer der Gründer der schwarzen Gewerkschaften, M. Bianchi, formuliert die Grundzüge so:

Die Arbeiterschaft muß dem Vaterland ergeben sein; sie muß jede internationale und revolutionäre Verbindung vermeiden; sie hat mitzuwirken an der Verwaltung und der Tätigkeit der Industrie; der Staat hat nicht nur die Produktion anzuregen, sondern auch gewissenhaft die Rechte der Arbeiter zu wahren und dafür zu sorgen, daß das Kapital allezeit seine sozialen Verpflichtungen erfüllt und die Arbeiterschaft nicht unterdrückt.

Neinlich drückt sich ein anderer Führer, G. Pighetti, in der faschistischen Polemica aus. Nach dem Vater der faschistischen Bewegung, Mussolini, unterscheiden sich seine Gewerkschaften von den sozialistischen dadurch, daß sie die Arbeiterniederlegung in den öffentlichen Betrieben unter keinen Umständen dulden; daß sie neben dem Arbeiterinteresse auch das der Produktion (des Unternehmertums) und des Landes beachten; daß sie Lohnkürzung immer anerkennen, wenn es das Interesse der Produktion bedingt; daß sie kein neues Wirtschaftssystem, kein besonderes Gesellschaftssystem aufheben.

Daß in diesen Thesen sich irgendein neuer Gedanke offenbart, wird niemand behaupten. Wie man mit derartig platten Gemeinplätzen einer neuen Gewerkschaftsbewegung eine geistige Grundlage schaffen zu wollen sich vermaßen kann, wird wohl immer unverständlich bleiben. Die Interessen der Unternehmer und Arbeiter gleichzeitig wahren, also Feuer und Wasser verbinden wollen, ist unzählige Male schon versucht und als gänzlich unmöglich dargetan worden. Die faschistischen Gewerkschaften haben als theoretische Grundlage eine Chimäre. Einer Bewegung ohne

Klare, wahre, packende Idee aber fehlt der Akt, der über die Stunde hinaus bindet. Dies dürfte sich auch hier gleich herausstellen, wenn die armen Teufel von Schwarzhemden den ersten Versuch zur Milde rung ihrer Lage machen. Sie werden dann die Entbedung machen, elend betrogen und mißbraucht worden zu sein. Womit für sie freilich wenig gewonnen sein wird. Denn in ihrer Unklugheit oder Unerfahrenheit haben sie eine Macht mit aufstehen helfen, die der Demokratie tödliche Fußtritte versetzt und nicht zögern wird, an der Arbeiterklasse das gleiche zu verüben. Es wird schwerer Anstrengung bedürfen, das Joch wieder abzuwerfen, das der Arbeiterklasse auferlegt worden ist. Die Opfer und Mühen hätte sie sich ersparen können, hätte sie früher mehr Opfer und Mühe auf die Stärkung des Klassenbewußtseins verwandt. (Metallarbeiter-Ztg.)

## Der Prozeß Klante.

Vom Unterstüßungsempfänger zum Millionär.

In einem Schwurgerichtssaal der 2. Strafkammer des Landgerichts 3 nahm Montag das Verfahren gegen Max Klante seinen Anfang. Klante war der Schöpfer einer wenn auch nicht gerade neuen, so doch einträglichen Methode, Geld zu verdienen. Das System Klante, das zahllose Nachahmer im verfloßenen Jahre gefunden hat, die zum Teil schon abgeurteilt sind, hat Zehntausende von Angestellten, kleinen Kaufleuten und Arbeitern empfindlich geschädigt. Seit 180 Millionen hatten die Gutgläubigen dem ehemaligen „fliegenden Photographen“ anvertraut und fast 50 Millionen sind verschluckt, ohne daß sich feststellen läßt, wohin diese Riesensummen gewandert sind. Mit Klante ist sein Bruder, der Gastwirt Gerhart Klante, sein Neffe Willy Herning, sein Vertreter Otto Jensch aus Dresden, der Kaufmann Hugo Epstein und der Weinbändler Cuno Dehlfleßen angeklagt. Klante wird von den Rechtsanwälten Dr. Alberg und Dr. West verteidigt, während den übrigen Angeklagten die Rechtsanwälte Bahn, Dr. Pulpe, van Deuren und Blumenfeld zur Seite stehen.

Klante ist ein schmächtiger unheimbarer Mann mit üpigen Haarmuchs. Von seiner früheren selbstbewußten Haltung ist heute nichts mehr zu verspüren. Zu seinen Provanalien gibt Max Klante an, daß er 1881 in Steinach a. d. O. geboren ist. Von klein auf bei seinem Großvater erzogen, mußte er schon als achtjähriges schwächliches Kind in dessen Bierstoffsabrik mithelfen, die er später, als sein Pflegevater starb, als 17jähriger übernahm. Bald darauf heiratete er ein armes Mädchen, mußte dann aber die Fabrikation aufgeben, da er, wie er erklärte, unter Konkurrenz der Zuckrübler und Gefängnisse stark zu leiden hatte. Im Jahre 1911 zog er nach Breslau, wo er ein Zeitungsgeschäft aufmachte. Abend für Abend redete er mit den Berliner Zeitungen von Cafe zu Cafe und holte sich dabei ein Lungentiden, so daß er ins Krankenhaus mußte. In dieser Zeit besag seine Frau Armenunterstützung. Nach seiner Genesung war sein Geschäft ruiniert und er gründete dann ein Photographengeschäft, in dem er bis zum Jahre 1916 tätig war, bis man ihn zu den Flüchtlingen nach Brieg einzog. 1918 wurde er dann als Lungenkrank und 50 Prozent erwerbsfähig mit einer kleinen Rente entlassen.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Dezember.  
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.  
19. Dezember, 12. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	8231.90	8371.55
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	526.18	548.13
Kopenhagen	1 Kr.	1541.18	1586.02
Konstantin	1 Kr.	1583.25	1745.62
Stockholm	1 Kr.	2174.57	2269.31
Helsingfors	1 Finn. Mk.	201.40	208.47
Rom	1 Lire	401.09	421.44
London	1 £	37406.25	38802.75
New York	1 Doll.	5076.28	5418.90
Paris	1 Frs.	599.67	596.—
Zürich	1 Frs.	1526.17	1533.53
Madrid	1 Pesetas	1256.85	1296.72
Wien	100 Kr.	11.47	11.72
Prag	1 Kr.	245.88	261.34
Budapest	100 Kr.	3.49	3.59

## Spätinghof.

Roman von Kurt von der Sider.

39. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Einmal holte sie in Jans Unwesenheit das Schreihäufchen herbei und schrieb mit ungeübter Hand einige Zeilen. Sella Tränen kamen über ihre Wangen, während sie schrieb. Aber sie ermüdete nicht in ihrem Beginnen; der eine Gedanke leitete sie: Jan in seinem Vorhaben zuvorkommen.

Einmal beruhigte sie: Jan hatte die Schweine noch nicht verkauft. Sie mußte, er war viel zu gewissenhaft, um fortzureisen, wie er dies nicht besorgt hatte. Sonst hätte er alles in Haus und Hof geordnet. Der Wallach war verkauft, die Kühe waren im Stall. Die Vorratskammer, Boden und Keller waren versorgt. Viel gab es nicht mehr in Ordnung zu bringen.

Als Jan eines Tages sagte: „Donnerstag fahre ich nach Susum, um die Schweine zu verkaufen.“ stand es bei Tine fest: jetzt war die Stunde gekommen.

„Dann kann ich wohl mitfahren.“ sagte Tine mit ermunterndem Gleichmut, „ich wollte Mutter gern mal besuchen.“

„Meinetwegen.“ erwiderte Jan kurz.

Die Großdeern fügte gönnerhaft hinzu: „Ja, uns Frau. Sie können ruhig mitfahren. Drei können leicht auf die Wagenbank sitzen. Den Butterkorb nehme ich auf den Schoß.“

Tine atmete auf. Es ging besser, als sie gedacht hatte. Jan lächelte keinen Verdacht. Weshalb sollte eine Tochter nicht ihre Mutter besuchen. Aber Tine dachte nicht daran. Nein, die Mutter konnte ihr nicht helfen, die würde sie nicht einmal verstehen.

Ihre Sachen waren gepackt. Einen Reisekoffer besaß sie nicht. So hatte sie sich denn ein Bündel zurecht gemacht, wie es die Dienstmädchen beim Antritt mitbrachten. Einen Arbeitstrog, etwas Nahrung, Schuhe und Strohpolster hatte sie eingepackt.

Auch ein kleines Paket hat sie sich bereit gelegt. Es war ihr beim Packen in die Hände gefallen; kleine Hemden, Tücher und Mäntelchen befanden sich darin.

„Das muß ich gebrauchen.“ dachte Tine und legte es zu dem anderen.

Den Ueberrest von ihrem Mitgehalte, das ja ihr Hauskassens- und Taschengeld war, wollte sie mitnehmen. Es waren fast zwanzig Mark. Der größten Teil des Geldes nahm sie in ihren Unterrock.

So packte und frante sie. Manchmal hielt sie inne und dachte: „Warum das alles? Wäre es nicht besser, ich würde?“

Über die Lust zum Sterben war ihr vergangen; früher Lebensmut durchströmte ihre Adern. Sie hatte alles mit größter Vorsicht und Heimlichkeit betrieben, niemand hatte etwas Außergewöhnliches an ihrem Vaden gefunden. Sie wollte ja zu ihrer Mutter verreisen.

Jan kam ihre Reize sehr gelegen, sie hatte es wohl gemerkt. Gewiß wollte er die Zeit benutzen, um seinen Plan auszuführen. Was er wohl sagen würde, wenn sie ihm zuvorkommen war? Dann konnte er sie nicht mehr als eine Klette betrachten, die sich an ihn geklebt hatte, denn war er frei. Alles war zur Abreise fertig; nur eines fehlte noch: Tine mußte von ihrer Dienstadt her, daß sie ein Abzugsattest haben mußte. Dieses zu erlangen, war ihre einzige Sorge.

Am Mittwochnachmittag machte sie sich auf nach dem Hofe des Lehnsmanns Klaus Bartels. Sie nahm einen Karb über den Arm, um auf dem Rückwege etwas bei Thies Höfer einzukaufen. Auf diese Weise war ihr Gang weniger auffällig.

Sie traf den Lehnsmann zu Hause und brachte ihr Anliegen vor. Der gutmütige, etwas nachlässige Mann war wie aus den Wolken gefallen.

„Ein Abzugsattest. Abmeldung, ja, was ich sagen wollte — hm — jawohl. Wohin denn? — Nach Amerika? — Was ich sagen wollte — hm — was — also nach Amerika? — Das ist aber heillos! — hm — was ich sagen wollte — haben Sie denn da jemand? — hm — allein wollen Sie dahin, das sollten Sie sich doch mal überlegen.“

Klaus Bartels jögerte nach, seine Feder in die Tinte zu tauchen; er sparte gern an geschriebenen Worten.

„hm — was ich sagen wollte, wenn Sie es absolut benötigen, muß ich eins ausstellen.“

„Allo, Frau Katharina Thomßen, geborene Klaje. hm, was ich sagen wollte — ist denn Ihr Mann damit einverstanden? — hm — wollen Sie denn in Amerika dienen? — hm, was ich sagen wollte — das ist aber — na — hier ist das Uebel. Nein, kosten tut es nichts.“

„Wie? Glaubt denn, Frau Thomßen. Aber was ich sagen wollte — Sie sollten doch mal lieber hier bleiben.“

Tine hielt den Schein in ihren Händen. Das war besser geworden, als sie dachte. Der Lehnsmann dachte gar nicht daran, sie auszusprechen, ein Kopfnicken, eine abweisende Handbewegung ihrerseits genügte ihm. — Aber eins hatte sie noch auf dem Herzen.

„Ich möchte doch den Herrn Lehnsmann recht sehr bitten, keinem Menschen was davon zu sagen.“ Tat sie lächeln.

Der Herr Lehnsmann warf sich in die Brust.

„I bewahre.“ legte er mit der wichtigsten Untermiene, die ihm zu Gebote stand. „Das ist ja ein Amsgehörnis. Ich werde

doch nicht meine eigenen Paragraphen umstoßen. Nein, keine Besorgnis. Adjus, Frau Thomßen — was ich noch sagen wollte — grüßen Sie zu Hause und besuchen Sie mich bald mal wieder.“

Nun stand Tine draußen. Der erste selbständige Schritt war getan, und ermutigt, wie ein Kind, welches das Laufen lernt, ging sie Schritt für Schritt weiter.

Sie nahm den Weg über den Kirchhof. Einen Augenblick blieb sie an Jaks Grab stehen; sie nahm Abschied. Ihr war's, als würde sie eher von dem Eingang befreit, den er noch nach seinem Tode auf sie ausgeübt hatte.

Mit schwerem Herzen stand sie am Grabe. Der Wind wehte ihre Röcke, der Frost schüttelte ihren Körper. Keine Träne kam in ihre Augen; kein anderes Gefühl als das des Verlassenseins quoll in ihrem Herzen auf. An der Kirchhofspforte warf sie noch einen letzten Blick zurück. Es war das letzte Mal, daß sie diesen Weg ging.

Auf der Straße begegnete ihr Frauke Steffens, die mit freudlichem Kopfnicken an ihr vorüberstritt. Etwas wie Neid regte sich in Tines Herzen.

„Warum bin ich nicht wie diese.“ dachte die Unglückliche, „so frisch und frohlich wie Frau. Frauke hat es gar nicht gut, ihre Mutter ist krank und weilt und der Vater alt und wunderlich; sie selbst wird schon zu den alten Jungfern gerechnet und ist doch alle Zeit freundlich und heiter. Ich aber, die ich es so gut haben könnte, war all mein Leben lang traurig und unglücklich.“

„Warum muß ich immer denken und grübeln über Dinge, die ich doch nicht verstehe?“

Sie fragte sich Tine Thomßen und wußte sich doch keine Antwort zu geben.

Ziemlich früh am Morgen ging die Großdeern mit dem Butterkorb auf den Ruten. Hinter ihnen in einem großen Kasten grunzten die Schweine.

Ungehoblich knallte Jan mit der Peitsche da trat Tine heraus, einen letzten kleinen Blick warf sie auf das alte Bauernhaus, dann kletterte sie mühsam hinauf und hob ihr Bündel unter die Hand.

Jetzt rollte der Getreidemag die Trift entlang, die Straße hinauf. Es schüttelte und stieß, daß die Frauen auf der Bank hochschrien. Mit leeren Blicken sah Tine um sich. Nein, sie ließ hier nichts zurück, kein Herz, das um sie trauerte, kein Auge, das ihr Fortgehen beweinete. Es kam ihr vor, als hätte sie jahrelang an einem warmen Dien geessen und dabei gekostet.

Schweigend führten sie durch die stille Nacht, und Tine blatte gedankenlos, der Zukunft entgegen.

Fortsetzung folgt.



## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 14. Dezember.

### Eine Arbeitsbehörde in Lübeck.

Durch das am 1. Oktober 1922 in Kraft getretene Arbeitsnachweisgesetz in eine Neubildung der bestehenden Einrichtungen der Erwerbsfürsorge in Lübeck notwendig geworden. Das Arbeitsamt hat nach Verkündung des Gesetzes sogleich die einschlägigen Fragen mit Vertretern der Bürgerfraktionsfraktionen und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (Ortsausschuß Lübeck), der Handels- und Gewerbetreibenden und der Arbeitgebervertreter erörtert. Die Vertreter der genannten Organisationen haben sämtlich ihre Zustimmung dazu erklärt, daß eine Behörde für das Arbeitsamt, die aus einem Senatsmitglied als Vorsitzenden und dem leitenden Sachbeamten, der das Senatsmitglied vertritt, besteht, gebildet wird. Auf die Begründung der Senatsvorlage werden wir morgen zurückkommen.

### An die G. B. Metallarbeiter Lübecks.

Am Sonntag, dem 17. Dezember, von 10 bis 2 Uhr findet in Lübeck die Wahl zur Ortsverwaltung statt, also des Organs, welchem die örtliche Leitung einer Gewerkschaft anvertraut ist. Entgegen den früheren Gepflogenheiten wird sie dieses Mal durch Urwahl in allen Bezirken vorgenommen, um allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Daß die Kollegen, die der SPD angehören, dies nicht paktet, ist verständlich, weil es ihnen darauf ankommt, durch eine Zufallsmehrheit die Leitung an sich zu reißen. Durch die Entscheidung des Vorstandes ist dieser schöne Plan ins Wasser gefallen. Man hätte nun erwarten müssen, daß die Kommunisten wenigstens versucht hätten zu beweisen, wo die bisherige Ortsverwaltung verlagert hat und wie es anders gemacht werden könnte. Nichts von alledem, das einzige Mittel, welches die Selbstverwaltung kennen, ist der Generalstreik, und daß hiermit nicht gespielt werden darf, wird nachgerade jedem klar geworden sein. Aber eins ist doch verwunderlich; es gibt in Deutschland Orte, wo nicht nur die Vorstände der Gewerkschaften, sondern ganze Ortsausschüsse in den Händen der SPD sind, z. B. in Halle, Remscheid usw. Man müßte eigentlich erwarten, daß hier die Bewegungen gleichmäßig an einem Tage ablaufen, daß sie auf breiter Basis geführt werden und daß die Arbeiterkraft an diesen Orten einen Schritt weiter wäre als anderwärts. Aber hieran ist kein Gedanke; im Gegenteil, vielfach sind sie schlechter gestellt als hier. Es zeigt sich also deutlich, daß die kommunistische Wirtschaft nicht durch Phrasen, sondern nur durch hohes planmäßiges Ringen der gesamten Arbeiterklasse herbeigeführt werden kann. Dies haben alle Gewerkschaftsführer erkannt, die Verantwortungsfähigkeit haben, auch wenn sie der SPD angehören; betonen sie es aber öffentlich, dann werden sie aus der SPD ausgeschlossen (siehe Remscheid). Denn in den Richtlinien, die die kommunistische Gewerkschaftszentrale aufgestellt hat, heißt es: „Alle Funktionäre sind ihrer Partei und den kommunistischen Fraktionen, von welchen sie aufgestellt sind, verantwortlich und können jeden Tag durch Beschluß der Fraktion und des Vorstandes abberufen werden. Man kann sich leicht vorstellen, wie die Tätigkeit einer Ortsverwaltung aussieht, die ihre Weisung lediglich von einer politischen Partei empfängt. Diese Aufgabe würde notwendig zu einer völligen Auseinandersetzung der Gewerkschaft führen müssen, sehr zum Schaden der Mitglieder. Was von den Kandidaten der SPD in Lübeck: Koh, Nidel, Mann und Bühlge zu erwarten ist, dürfte den Lübecker Metallarbeitern bekannt sein. Es reicht nicht gerade dazu, diesen Leuten die Leitung des Verbandes anzuvertrauen. Ein kleines Beispiel spielte sich in der letzten Mitgliederversammlung ab, wo man schätzungsweise 30 000 Mark aus der Kassa für Ludwigshafen und für Nidel ein Büchergeld, welches um 2000 Mk. höher als das der übrigen Teilnehmer ist, bewilligen wollte. In Wirklichkeit kommt's ja auch in der Hauptsache auf die Bezahlung der Posten an, denn es wurde gleich die Kündigung der Geschäftsführer beantragt damit Nidel und Koh die Kasse einnehmen können. Daß aus diesem Plan nichts wird, dafür werden unsere Metallarbeiter, die auf dem Boden der Antwerpener Internationale stehen, schon sorgen, indem sie die Liste A. Löwigt wählen.

Darum Kollegen, gehe am Sonntag lieber zur Wahl!

Der Vorstand der G. B.-Fraktion der Metallarbeiter.

### Aus dem Vierteljahresbericht des Statistischen Landesamts

über die Zeit vom 1. Juli bis 30. September.

Es wurden 384 geschlossen, 26 mehr als im Vorjahre. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 567 und die der Gestorbenen 341, d. h. 1 bezw. 24 weniger als 1921. Als Ergebnis stellt sich also ein Geburtenüberschuß von 226 (1921: 203) heraus. Die Wanderungsbewegung schloß mit einem Gewinn von 61 (90) Personen ab. Die gesamte Bevölkerung der Stadt stieg bis Ende September auf 122 374 an, d. h. 2554 mehr als im Vorjahre. An Gärten, die in hiesigen Hotels und Gasthöfen übernachteten, wurden 25 523 oder 470 mehr als 1921 registriert. Stärker hob sich die Zahl der Nächte, die sie hier verbrachten, sie übertraf nämlich mit 35 699 die vorjährige um 1696. 254 (326) Grundstücke gingen in andere Hände über. Sie umfaßten 403 088 (323 204) Quadratmeter und wurden mit 17 262 210 Mk. (14 810 916 Mk.) bezahlt. Hypotheken wurden zum Betrage von 37,6 (46,4) Millionen Mark neu eingetragen und nur zum Betrage von 5,3 (3,5) Millionen Mark gelöscht. Die gesamte hypothekarische Belastung des städtischen Grund und Bodens bezifferte sich Ende September auf 485,2 Millionen Mark, d. h. 98,9 Millionen Mark mehr als im Vorjahre.

Der Zugang an Wohnungen betrug nur 121 (167): 83 (109) entstanden durch Neubau und die übrigen durch Umbau. Ende September waren im ganzen 31 721 (31 012) Wohnungen in Lübeck vorhanden.

Unsere Privat-Eisenbahnen wurden von 4 150 044 Personen benutzt; trotz verschiedener Tarifänderungen waren es 732 707 mehr als im Vorjahre. Die Einnahmen aus ihrer Beförderung stellten sich auf 36 782 460 Mk. (13 051 698 Mk.). Die Menge der von den Bahnen beförderten Güter belief sich auf 582 385 Tonnen, d. h. 64 929 Tonnen mehr als 1921. Die Einnahme aus dem Güterverkehr übertraf die vorjährige um nicht weniger als 112 602 126 Mk. und betrug insgesamt 126 856 610 Mk.

Die Straßenbahn beförderte dagegen nur 2 702 645 Personen, gegenüber dem Vorjahre 1 678 847 oder 36,3 % weniger. Dieser große Ausfall konnte aber infolge starker Erhöhung des Fahrgeldes der Einnahmen keinen Abbruch tun; sie gingen mit

14 349 797 Mk. noch um 10,6 Millionen Mark über die von 1921 hinaus.

Im Seeschiffsverkehr liefen 1437 (1299) Schiffe ein und aus, darunter 1056 (860) beladene. Sie brachten 136 421 (80 084) To. Güter her und nahmen 104 545 (79 638) To. mit sich fort. Der Gesamtverkehr belief sich mithin auf 240 966 (159 722) Tonnen, d. h. ca. 59 % mehr als im Vorjahre. Den Hauptanteil an ihm hatten wieder Schweden mit 77 905 (44 525) und Finnland mit 55 816 (41 159) To. In der Einfuhr standen diesmal Brennmaterialien mit 48 519 (26 494) To., Holz aller Art mit 29 894 (15 938) To. und Erze und Schlacken mit 29 348 (16 553) To. obenan, während in der Ausfuhr wieder Salz mit 21 666 (13 690) To. sowie Baustoffe außer Holz mit 18 008 (9634) To. am stärksten vertreten waren.

Sinnenschiffe verkehrten im Hafenplatz Lübeck 864 (789), von denen 596 (463) beladene waren. Von den angekommenen Schiffen waren wieder fast alle beladen und von den abgegangenen 37,4 % (24,9 %). Dementsprechend stellte sich die eingetragene Gütermenge auf 89 402 (49 044) To., während die abgegangene nur 27 222 (6807) To. betrug. Bei der Einfuhr handelte es sich namentlich um Brennmaterialien mit 29 414 (5432) To., Ralksteine zur Verhüttung mit 12 036 (12 005) To. und Erden mit 11 484 (468) To., während bei der Ausfuhr Holz aller Art mit 8262 (2515) To. und Eisen und andere Metalle mit 7564 (531) To. die größten Mengen aufwiesen.

### Lübecker Seeschiffsverkehr im November 1922.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamts sind 106 Dampfer und 37 Segler, zusammen 143 Handelsschiffe mit 29 170 Reg.-To. Raumgehalt angekommen und 114 Dampfer und 52 Segler, zusammen 166 Schiffe mit 30 938 Reg.-To. abgegangen. Der Gesamtverkehr belief sich also nur auf 309 Schiffe mit 60 108 Reg.-To. gegen 560 Schiffe mit 91 928 Reg.-To. im Vormonat und 444 Schiffe mit 93 714 Reg.-To. im November 1921. Der Schiffsverkehr war also um 251 Schiffe geringer als im Oktober und 135 Schiffe kleiner als im Vorjahre. Der Ausfall ist zum erheblichen Teil auf den am 17. November ausgebrochenen und bis in den Dezember hinein anhaltenden Hafnarbeiterstreik zurückzuführen. In den letzten 14 Tagen sind nämlich nur 33 Schiffe angekommen und 39 ausgegangen. Beladen waren einmündend 91 Schiffe oder 63,7 % (1921: 74,4 %) und ausgehend 129 Schiffe oder 77,7 % (70,2 %). 65 Schiffe mit 9912 Reg.-To. verkehrten mit deutschen Hafenplätzen, 34 mit 10 573 Reg.-To. mit Finnland, 110 mit 19 648 Reg.-To. mit Schweden, 10 mit 3046 Reg.-To. mit Norwegen, 68 mit 6047 Reg.-To. mit Dänemark, je 8 mit 2791 bezw. 2099 Reg.-To. mit Danzig und Gdansk und 4 mit 5652 Reg.-To. mit England; von Holland kam 1 Schiff mit 242 Reg.-To. und nach Nemei ging 1 Schiff mit 93 Reg.-To. Die Schiffe überbrachten 25 522 Tonnen Güter und nahmen 24 891 Tonnen mit. Vier Fünftel des Gesamtgüterverkehrs (40 363 Tonnen) entfielen auf Dampfer und ein Fünftel (10 050 To.) auf Segelschiffe und Seelichter. In der Einfuhr nahm die Kohlenzufuhr mit 9880 To. den ersten Platz ein, dann folgte die Einfuhr von Holz mit 5677 To. und die Erzaufuhr mit

4740 To. Ausgeführt wurden neben Stückgütern hauptsächlich wieder Salz (8292 To.), Ralksteine (2942 To.) und Eisen (1003 Tonnen). Der Gütertausch mit den hauptsächlichsten Verkehrsplätzen verteilte sich folgendermaßen:

deutsche Hafenplätze	einmündend	ausgehend
Finnland	4 457 To.	906 To.
Schweden	5 766 To.	8 377 To.
England	7 023 To.	13 473 To.
Dänemark	7 030 To.	— To.
	926 To.	1 988 To.

Nach Schweden sind hiernach die meisten Güter, über die Hälfte der Gesamtzufuhr, verladen, während in der Einfuhr die Kohlenzufuhr von England an erster Stelle stand.

### Schwurgericht.

#### Ein Landfriedensbruch.

Die Verhandlung am Mittwoch leitete Landgerichtsdirektor Driever. Beisitzer: Landgerichtsrat Dr. Robert und Landrichter Niebuhr. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Weg. Angeklagt waren die Landarbeiter Karl Howe, Heinrich Howe, Karl Hamdorf, Otto Hamdorf und Schramm wegen Landfriedensbruchs. Da Schramm nicht erschienen war, wurde nach fast zweistündigem Warten die Sache Schramm abgetrennt. Gegen ihn wird eine besondere Verhandlung stattfinden müssen. Verteidigt werden die Angeklagten von Rechtsanwalt Dr. Jacobsohn. Es sind insgesamt 18 Zeugen zu vernehmen. Die Angeklagten sind zum Teil in dieser Sache vom Schöffengericht in Ahrensböhl zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sie sowohl wie die Staatsanwaltschaft haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer als Berufungsinstant erklärte sich für nicht zuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Nach der Ermordung Rathenaus fand im Ahrensböhl eine Demonstrationsversammlung zum Schutze der Republik statt. In dieser Versammlung kam zur Sprache, daß der Landmann Babbe in Ahrensböhl zwei Leute entlassen hatte, weil sie sich an der Demonstration am Nachmittag beteiligen wollten. Ferner sollte B. beleidigende Äußerungen gegen den Vater des einen Angeklagten gemacht haben. Die Versammlung beschloß nun, nach Schmachel zu ziehen und von B. zu fordern, die Entlassungen und die Beleidigungen gegen den alten Howe, der bei ihm in Arbeit stand, zurückzunehmen. In dem Zuge haben sich ungefähr 200 Personen beteiligt. In Schmachel ist es nun zu Tätlichkeiten gegen B. gekommen. Ihm sind zwei Zähne ausgeschlagen und andere Verletzungen beigebracht worden. Mithin sind sie nicht gewesen, das zeigt Babbes Aussage gleich nach dem Geschehnis: „Wenn ich alles so bedente, dann bin ich doch gut davon wegkommen.“ Die Menge war deshalb so aufgebracht gegen B., weil bekannt war, daß er rechtspolitisch orientiert und ein Gegner der Arbeiterchaft war, und (weil er bei seiner Vernehmung selbst zugegeben hat) den Fettel mit der Besenkmaschine der Versammlung vom Telephonapparat entfernt hat. Er hat sich öffentlich seiner monarchistischen Gesinnung gerühmt und soll sich beim Kapp-Putsch in Eutin freiwillig angeboten

## Lübecker Planwirtschaftsbetriebe.

III.

### Die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft.

Es sind jetzt gerade 3 Jahre her, als die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft gegründet wurde. Das war ein schweres und gewagtes Unternehmen, denn es hatte seine Hauptstützen in der Theorie. Diese aber war zu jener Zeit voll pulsierendes Leben. Im schaffenden Volke lebte der Wille, die durch wahnwitzige Erhebungs- und Entschleunigungstucht zusammengewürfelte Welt recht rasch und gut wieder aufzubauen. Und teilhaben wollten die Volksmassen an Wiederaufbau, vollwertige Mitglieder des Staates, nicht nur dessen Objekt sein.

Neht wie Jhr's wollt: Die berühmten 28 Nachdaler Diktore entzogen immer aufs neue. Der unbedingte Wille, das Geschick selbst in die Hand zu nehmen und sich vom Privatkapitalismus durch genossenschaftlichen Zusammenschluß unabhängig auf allen Gebieten zu machen, hat längst massive Gestalt bekommen. Der Sozialisierungsgedanke durchzuckt die Welt. Aber wie es so ist: grandiose Ideen durchleben mitunter Jahrzehnte und Jahrhunderte den Raum, ehe sie zu Form und Gestalt werden. Nie rastender Menschengeist aber ist zu unbändig, wartet nicht, bis der Tag der Seligkeit anbricht. Hand ans Werk, das Fundament gegraben! Ein statisches Haus kann nur im Grundstock halt gewinnen, wenn die lebendige Idee schon über dem Dachstuhl freist.

Wie bei der Genossenschaftsbücherei und dem Konsumverein, waren es auch bei der Arbeitsgenossenschaft nur einzelne, die sich auf die Suche machten, gleichgültig, unternehmungswagende Gewissen zu sammeln. Denn am 16. Dezember 1919, als diese Arbeiter-Produktionsgenossenschaft in das amtliche Register eingetragen wurde, da waren der vorhandenen Schätze nur wenige. Aber Schätze zum Wohle der Gesamtheit graben und errichten wollte man: im Hoch- und Tiefbau, in der Land- und Forstwirtschaft, in Werkstätten aller Art. Doch Werkzeug und Unterfund gehörte vor allem dazu, und nicht zum mindesten harte Mittel. Verschleiden genug fließen sie. Zum Glück noch rechtzeitig, um das Werk zu beleben. Kein Mensch kümmerte sich um die Genossenschaft. Der Staat tappte mit Siebenmeilenfüßen vorbei und die privaten Bauunternehmer — seit alterherb robuste Verdienner — prophezeiten den Bankrott. Also hieß es schaffen, zeigen, daß man lebt, es ebnen und besser machen kann. Die Tischlermeister hatten gerade ihre Gesellen ausgesperrt. Her mit einem Teil! Die konnte man gebrauchen. Dann kamen die Bauarbeiter, die Maurer, Zimmerer, Klempner, Dachdecker, Maler, die in fleißiger genossenschaftlicher Arbeit im ersten Jahre nahezu 30 Stüdlingshäuser fertigstellten und zu 4 den Grundstock gelegt hatten. Die 5 im Januar Tätigen vermehrten sich bis zu 78, der Genossenschaftsmitglieder waren es 1666. Da legte noch einer den Unternehmungsgedanken der arbeitenden Klasse!

So leicht, wie es auf dem Papier aussieht, war das erste Sturmjahr aber nicht. Die Privatunternehmer spitzten erst die Ohren, als sich die Genossenschaftler um Betriebsmittel quälten, und als sie sahen, daß es hier nicht Spaß am Spaß ging, da hielten sie herbei und wollten mit dem bekannnten billigen Rezept den Konkurrenten abmurken. Vergebens! Der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft ward die Jede zu eng und sie zog neue Kleider an. Die Tischlerei wurde mit modernen Maschinen ausgestattet und erweitert, wie die meisten Einrichtungen, 100 Stüdlingshäuser waren das Ergebnis zweier arbeitsreicher Jahre. Das Soll- und Haben-Konto war von rund einer Million auf über 3 Millionen im Hauptbuch vermerkt. Das bald vollendete 3. Geschäftsjahr ist noch nicht abgeschlossen. Es deutet jedoch den Fortschritt schon in der jetzigen Arbeiterzeit an: von 99 auf 170, die sich in 9 Bezirke teilen. Welche ungeheurer Umfang bei

den heutigen Geldwerten hinter diesen Zahlen steht, ist leicht auszusprechen.

Laßen wir die geschätzten und buchmäßigen Aufzeichnungen! So notwendig sie sind, den positiven Gehalt des Wertes auszuschöpfen, viel wichtiger noch tritt die ideale Seite hervor. Diese weist auf die Produktionsform und Produktionsgestaltung hin. Das Ziel des Privatunternehmers ist der Kapitalgewinn für den einzelnen; das der Arbeitsgenossenschaft: die Verwendung des Uberschusses zum Nutzen der Gesamtheit. Es gibt wohl kaum einen vernünftigen Menschen, der von einer einzelnen Produktionsgenossenschaft nach dreijährigem Bestehen verlangt, daß sie alle Forderungen oder Erwartungen erfüllen könnte. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß es heute Pflicht jedes organisierten Arbeiters ist, soweit es seine Mittel erlauben, diese der spekulativen Bankwelt zu entziehen und sie den Arbeitergenossenschaften zuzuwenden. Deren Sparmaßnahmen dienen nicht den sich gewalttätig und hundertfältig ausbreitenden kapitalistischen Maximen, sondern werden nur zum Besten des Volkes verwandt.

Noch ein anderes wirkt sich im produktiven Genossenschaftsgedanken aus: wie im Wirtschaftsgetriebe der einzelne dem Unternehmer schulis preisgegeben ist und nur Halt an seiner Berufsorganisation findet, so finden die Gesamtorganisationen eine nicht zu verachtende Weir in der Produktionsgenossenschaft. Arbeitet diese mit vorbildlichen Bedingungen, dann breitet sich der Nutzen direkt und indirekt weiter aus. Die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft kann in dieser Beziehung praktische Beispiele bringen. Sie hat bei Streiks Arbeiter aufgenommen, hat die Streikenden sowie deren Gewerkschaften entlastet und zu allem noch Werte erzeugt. Die Arbeitsgenossenschaft hat in solchen Fällen sogar dazu beigetragen, daß Privatunternehmer ebenfalls Streikende einstellen — aus Furcht, daß diese auch noch in der Arbeitsgenossenschaft untertauchen würden.

So reifen Taten! Willst du abseits stehen, zuschauen, wie andere sich mühen und plagen auch für dich? Stehst du nicht, wie ich ein Baufeld an den anderen reißt, wie langsam und sicher das Werk den Meister krönen soll? Wenn wir die kapitalistische Gesellschaft meistern wollen, dann müssen wir alle heren. Sapperweise nur geht es vorwärts. Da darf nicht blöder Kommissgeist sich der Last des Nächsten listig freyen und zum Schluß fauber gepußt ins Glück treten, den Lohn empfangen, obwohl er sich sagen muß: ich war nicht beim Sturm. Reu von Lohn und Gehalt lebender hat heute etwas übrig. Doch bedenke, wenn du dir nur soviel abringst, um in der Genossenschaftsreihe mitzumarschieren, dann trägt du dazu bei, die Produktionsmittel der Genossenschaft zu vermehren und somit auch deren Macht. Was du glaubst durch Mühsen hier zu erlangen, bezahlst du zehnfach wieder indirekt den Kapitalisten. So ist es auch, wenn du dein Gewissen in anderen Gedankengängen marierst.

Die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft besitzt ein großes eigenes Grundstück in der Hülshörner Allee 43, wo sich auch die verschiedenen Werkstätten befinden. Der Zimmerpark wurde durch Pachtung eines anliegenden Geländes erweitert. Das Bureau befindet sich Mengstraße 28. In den Werkstätten werden auch solide Möbel angefertigt, und als neuer Betriebszweig wurde die Fabrikation von Särgen für die Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft m. b. H. zu Lübeck aufgenommen. Träger dieser Organisation ist der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Konsumverein, Genossenschaftsbücherei, Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft und Gemeinnützige Stüdlingsgenossenschaft. Die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft besitzt wie die vorerwähnten auch eine eigene Bankabteilung, die fleißig in Anspruch genommen wird. XX.

